antifa-rundbrief

Informationen der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – VVN – Bund der Antifaschisten LV Schleswig-Holstein e.V.

Nr. 85 Oktober 2014

Überfall auf Landesbüro der Sinti und Roma

Polizei bezweifelt „politische und fremdenfeindliche Motive“

Am 30. September 2014 haben Unbekannte einen Überfall auf das Landesbüro der Sinti und Roma in Kiel verübt. Mathäus Weiß, der Landesvorsitzende der Sinti und Roma in Schleswig- Holstein, der sich während der Tat in einem hinteren Raum befand, wurde durch den Lärm, den die Eindringlinge beim Zerschlagen von Einrichtungsgegenstände des Büros verursachten, alarmiert. Bei seinem Erscheinen flüchteten sie. Mathäus Weiß erkannte drei Männer unbestimmten Alters. Er erstattete sofort Strafanzeige gegen Unbekannt. In einer am Tage darauf veröffentlichten Pressemitteilung teilte die Polizei mit, sie gehe nicht von „politischen oder fremdenfeindlichen Motiven“ aus-. Es werde „nach allen Seiten“ ermittelt. In den Kieler Nachrichten vom 2. Oktober wird Polizeisprecher Matthias Arends mit den Worten zitiert “Es wurden aber keine Männer mit rasiertem Kopf gesehen”.

Es ist das erste Mal, dass ein Überfall auf das Landesbüro der Sinti und Roma verübt wurde, wie Mathäus Weiß im Gespräch mit unserer Zeitung sagte. Einige Tage davor habe er zwar einen Schmähbrief eines anonymen Absenders erhalten, der in schlechtem Deutsch Beschimpfungen gegen Sinti und Roma enthielt, aber vermutlich in keinem Zusammenhang mit dem Überfall auf das Landesbüros steht. „Wir haben uns allerdings veranlasst gesehen, unsere Sicherheitsvorkehrungen zu verstärken“, sagt Weiß. Dazu gehöre die Installation einer Alarmeinrichtung. Die Mitglieder seines Verbandes gingen nach dem Geschehnis nicht einfach zur Tagesordnung über, so Weiß, der in der Nazizeit viele Familienmitglieder in den Vernichtungslagern der Nazis verloren hat.

Im Landesbüro geht das normale Leben trotz des Schocks, den die Sinti und Roma erlitten haben, weiter. Auch die Schäden am Computer sind mittlerweile behoben.

Dankbar sind Mathäus Weiß und sein Landesvorstand für die Solidarität, die ihnen von verschiedenen Seiten zuteil wurde.

Zum Beispiel verfassten der Runde Tisch gegen Rassismus und Faschismus Kiel , die VVN- Bund der Antifaschisten und die Antifa Kiel Protestresolution, in der es heißt: „Mit Empörung, Entsetzen und auch Wut mussten wir vom Überfall auf das Landesbüro der Sinti und Roma Kenntnis nehmen.

Forts. Seite 5



war schockiert –Matthäus Weiß, Landesvorsitzender des Verbandes der Sinti und Roma
Foto Alexander E.Westermann -NDR



Mit Baseballschlägern Computer, Drucker und Monitore zerstört
Foto Ernst Christ - NDR

Kommentar

Der Kampf um die Köpfe

Immer wieder neue Kriege. Wer steigt da durch? Nicht einmal Gott, so witzelte ein Karikaturist. Als ihm ein Engel die Mitteilung machte, Peter Scholl-Latour sei im Himmel angekommen, befahl ihm der keineswegs Allmächtige und Allwissende: „Er soll sofort zu mir kommen."

Nach dem Ende des Afghanistan-Krieges ist Deutschland an 16 Auslandsmissionen beteiligt, was Kriegsministerin Ursula von der Leyen mit dem Begriff „Ethik der Verantwortung" bezeichnet. Assistiert wird sie von dem unseligen einstigen Pfarrer und jetzigen Bundespräsidenten Gauck, der auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2014 sagte, im außenpolitischen Vokabular reime sich Freihandel auf Frieden und Warenaustausch auf Wohlstand. Dieses Ordnungssystem müsse erhalten werden. Gauck ist skrupellos genug, dass ihm nicht das Wort im Halse steckcn bleibt, wenn in wenigen Wochen wieder die Weihnachtsbotschaft verkündet wird: „Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen."

Zum Glück lässt das deutsche Volk trotz intensiver Bemühungen von der Leyens, Merkels und Gaucks weiter die Kriegsbegeisterung vermissen. Rund 75 Prozent sind gegen Krieg und mehr als 60 Prozent gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr. Aber die Bundesregierung regiert in der wichtigsten politischen Frage gegen die Mehrheit unseres Volkes.

Der Kampf um die Köpfe wird weiter gehen. Die Bundeswehr wirbt in den Schulen und Bildungseinrichtungen um Kanonenfutter, das sie für kommende Kriege dringend braucht. Sie wird vor allem in Zeiten von Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit nicht ohne Erfolg sein. Dennoch wachsen die Bäume der Großen Koalition von CDU/CSU und SPD nicht in den Himmel. Das beweist die Abfuhr, die sich die ARD durch ihren Rundfunkbeirat holte. Dieses Gremien aus neun Personen übte im Juni 2014 an der Ukraine- Berichterstattung des Fernsehsenders vernichtende Kritik. Ende September wurde bekannt, dass der Programmbeirat im Juni dieses Jahres die tendenzielle antirussische Berichterstattung und eine völlig unzulängliche Recherche in scharfen Worten verurteilt hatte. Schon im April hatte der in Schleswig-Holstein lebende Ex- ARD- Redakteur Volker Bräutigam Beschwerde gegen den NDR erhoben. Darin wies er auf den Staatsvertrag hin, der ein Programm fordert, das der Information dienen und die internationale Verständigung fördern soll. In Petitionen und Beschwerdebriefen wendeten sich viele Menschen an ARD und ZDF und verlangten strikte Neutralität.

Der Programmbeirat untersuchte zehn „Brennpunkt"- Sendungen zur Ukraine- Krise sowie einige Talk-Shows und rund dreiviertel der insgesamt mehr als 40 Beiträge der ARD zu den politischen Themen und kam zu dem Schluss, dass die Berichterstattung im Ersten den Eindruck der Voreingenommenheit erweckt hat und tendenziell gegen Russland und die russischen Positionen gerichtet waren. Beispielsweise fehlten differenzierende Berichte über die Verhandlungen der EU über das Assoziierungsabkommen, die genauen Inhalte des Abkommens, seine Tragweite und seine Vereinbarkeit mit russischen Interessen. Es fehlten die politischen und strategischen Absichten der NATO bei der Osterweiterung der Ukraine- Krise. In der Berichterstattung , so geht aus dem Protokoll der Sitzung des Programmbeirats hervor, überwog anfangs eine Schwarz- Weiß- Zeichnung zugunsten den Maidan- Bewegung, „obwohl hier auch das rechte, extrem nationalistische Lager beteiligt war".

Die ARD war nach Einschätzung des Programmbeirats einem gewissen Mainstream gefolgt. Mit Fortschreiten der Krise habe sich eine gewisse Änderung in der Farbe der Berichterstattung eingestellt, vielleicht als Reaktion auf die Zuschauerkritik, so wird festgestellt.

Wir Mediennutzer haben wenig Möglichkeiten, Einfluss auf die Medien zu nehmen. Aber einige gibt es, wie wir aus der ungewöhnlichsten Kritik lernen, die je an einer Fernsehanstalt geübt wurde. Nutzen wir sie – im Interesse des Friedens, den die große Mehrheit der Bevölkerung nicht mit Freihandel gleichsetzt. Günther Wilke.

Karikatur: Klaus Stuttmann

Auf Sylt wurde eine Gedenktafel enthüllt
Westerlands Bürgermeister war ein SS-Mörder

69 Jahre nach der Befreiung vom Hitlerfaschismus beginnt auf Sylt die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit: es soll eine Gedenktafel am Rathaus von Westerland angebracht werden, die an die Verbrechen von Heinz Reinefarth erinnert, der von 1951 bis 1963 hier Bürgermeister war.

Wer war Heinz Reinefarth?
Als SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Waffen-SS und Polizei sowie Kommandeur der „Kampfbrigade Reinefarth" war er mitverantwortlich für die blutige Niederschlagung des Warschauer Aufstandes und den Tod von mehr als 150.000 Kindern, Frauen und Männern. Als „Henker von Warschau" ist er in die Geschichte eingegangen.
Im NDR-Fernsehen wurde im Frühjahr 2014 ein ehemaliger Offizier der polnischen Armee zitiert, der ausführte:" Kinder und Frauen wurden an Ort und Stelle umgebracht. Nach der Besetzung eines Krankenhauses sind Patienten, Ärzte und Krankenschwestern ermordet worden."
Die Warschauer Staatsanwaltschaft hatte nach 1945 vergeblich versucht, Reinefarth ausliefern zu lassen. „Aus Gründen der Sicherheit" wurde das Ersuchen abgelehnt.
Auch die Entnazifizierung in den 50er Jahren überstand er unversehrt. Das ist allerdings nicht erstaunlich: Schleswig-Holstein war nicht nur in den letzten Tagen vor dem 8. Mai 1945 ein Zufluchtsort für Nazis. Auch nach dem Tag der Befreiung wurde ihnen kein Haar gekrümmt. In der Broschüre „Der Untergang 1945 in Flensburg " von Gerhard Paul wird z.B. über den 10. Mai berichtet „Auf Drängen der Engländer muss die Dönitz-Regierung die Reichskriegsflagge einholen, die noch über ihrem Dienstgebäude in Mürwik weht…Generaloberst Jodl erhält von Dönitz das Ritterkreuz mit Eichenlaub verliehen…Am 11. Mai – zwei Tage nach der Kapitulation – wird der Gefreite Johann Süß erschossen, weil er das Anheizen eines Kriegsschiffes verweigert hatte und nur noch nach Hause wollte. Für das Nazi-Kriegsgericht ist er „ein gefährlicher Hetzer, der mit seinem Verhalten die Manneszucht in der Wehrmacht untergraben hat".
Es hat nach 1945 von offizieller Seite weder eine moralische noch eine politische Aufarbeitung der Nazi-Verbrechen gegeben. Die im Potsdamer Abkommen von den Alliierten beschlossene Bestrafung der Kriegsverbrecher fand nicht statt. Stattdessen wurden belastete Nazis wieder in Positionen im Staatsdienst, in Justiz- und Militärpositionen gebracht.
Und so konnte auch Heinz Reinefarth seine Karriere machen. Fünf Ermittlungsverfahren gegen ihn wurden eingestellt, das erste, drei Tage nachdem er 1958 zum Landtagsabgeordneten für den BHE (Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten) gewählt worden war. Die CDU bildete mit dem BHE eine Koalitionsregierung in Schleswig-Holstein. Das fünfte Verfahren gegen Reinefarth wurde Ende 1966 auf Antrag der Flensburger Staatsanwaltschaft wegen „Mangels an Beweisen" niedergeschlagen. M.W.

Auf der Gedenktafel am Rathaus heißt es:

Warschau, 1. August 1944
Polnische Widerstandskämpfer stehen auf gegen die deutschen Besatzer
Das nationalsozialistische Regime lässt den Aufstand niederschlagen
Mehr als 150.000 Menschen werden ermordet, unzählige Männer, Frauen und Kinder geschändet und verletzt.
Heinz Reinefarth, von 1951 bis 1963 Bürgermeister von Westerland, war als Kommandeur einer Kampfgruppe mitverantwortlich für dieses Verbrechen.
Beschämt verneigen wir uns vor den Opfern und hoffen auf Versöhnung.
Aus Anlass des 70. Jahrestages des Warschauer Aufstandes
Sylt/Westerland 2014



Heinz Reinefarth, SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Waffen-SS, der „Henker von Warschau"
Quelle:img.odkrywca.pl - Reinefarth_Kostrin.jpg

Mitgliederversammlung der LAGSH

VVN-BdA seit Mitte des Jahres Mitglied

Im Vorfeld der Landesgedenkstättentagung fand am 19. September die Mitgliederversammlung der LAGSH in Malente statt. Neben den ebenfalls neuen Mitgliedern des „Freundeskries KZ-Gedenkstätte Husum-Schwesing“ stellte sich auch die VVN-BdA vor.
Die LAGSH wurde vor zwei Jahren gegründet, um die Interessen der Träger und nahezu ausschließlich ehrenamtlichen Mitarbeiter zu bündeln, sie fortzubilden, die Vernetzung zu fördern und durch Professionalisierung die Arbeit voran zu treiben. Erste Ergebnisse sind erkennbar, etwa bei der deutlich verbesserten, nach wie vor dennoch völlig unzureichenden finanziellen Ausstattung der Gedenkstättenlandschaft in Schleswig-Holstein. Positiv hat sich auch die Zusammenarbeit entwickelt, und erste Fortbildungsmaßnahmen fanden schon statt.
Seit Mitte dieses Jahres ist auch die VVN-BdA Mitglied.Viele unserer Mitglieder bundesweit sind schließlich seit Jahrzehnten in vielen Gedenkstätten als Zeitzeugen und/oder Ehrenamtler aktiv, und seit Gründung der VVN vor 67 Jahren gehörte sie zu den aktivsten Gründern und Förderern von KZ-Gedenkstätten.
In ihrem Tätigkeitsbericht verwies die Vorsitzende Uta Körby darauf, dass die LAGSH sich als Interessenvertretung erfolgreich etabliert hat und ein kritischer Gesprächspartner der Landesinstitutionen war und bleibt. Die Aufgabenfelder der LAGSH werden gesehen in der Professionalisierung der Gedenkstättenarbeit, in der Unterstützung beim nachhaltigen Einsatz der Mittel, der Beratung bei Anträgen und der Förderung von Initiativen. Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit ist die Förderung des Erinnerungsstandortes Kiel und die Mitwirkung an einer möglichen Wanderausstellung.
Um die Arbeit der einzelnen Gedenkstätten zu professionalisieren, soll auf die Mitarbeit einer Schulungs-Agentur zurückgegriffen werden. Für 2015 ist eine Qualifikationsmaßnahme in 4 Modulen geplant für haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter von Träger-Vereinen, Gedenkstätten und Erinnerungsorten. RB



Uta Körby, Vorsitzende der LAGSH (Landesarbeitsgemeinschaft Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Schleswig-Holstein E. V.)

Foto: C.Pieper



Schluss mit Ritualen!?

9. Landesgedenkstättentagung - Erinnerungskulturen gestern, heute, morgen

Nie wieder „Nie wieder“? Mit etwas bangen Erwartungen mag sich manche und mancher auf den Weg zur nunmehr 9. Gedenkstättentagung aufgemacht haben. Sollen hier Forderungen wie „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg“, das Gedenken am 8. Mai oder am Antikriegstag oder gar die Führungen an den KZ-Gedenkstätten und Mahnmalen entsorgt werden? Sind Reden von PolitikerInnen inklusive Kranzniederlegungen an bedeutenden Gedenktagen geeignet, um eine junge und bunte Generation für die Geschichte zu interessieren? Und wie gehen wir mit den Ritualen der Gedenkstätten-Akteure um? Haben sie heute noch Sinn oder versperren sie eher den Zugang zur Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus?
In einer Reihe von (Kurz-)Vorträgen, Podiums- und Plenumsdikussionen, 5 Workshops, zwei Filmen sowie der Projektvorstellung „7xjung“ aus Berlin behandelten die mehr als 60 Teilnehmer aus der Gedenkstättenarbeit, der Politik, den Kirchen und der Kultur sehr engagiert, was Rituale bedeuten, dass sie unterschiedliche Formen annehmen können, welche Rolle sie in der Erinnerungskultur spielen. Am Beispiel etwa der Kriegerdenkmale oder des nicht unumstrittenen Volkstrauertages wurde die Problematik deutlich.
Ein Film der Bildungs- und Kulturstätte „Motte“ in Hamburg-Altona zeichnete die Entstehung eines Projektes in der KZ-Gedenkstätte Neuengamme auf. Schülerinnen und Schüler aus Polen und Altona - diese zu einem erheblichen Teil aus Einwandererfamilien - haben dort innerhalb einer Woche eine sehr sehenswerte Performance erarbeitet. „Sound oft the Silence“ heißt dieser Film von Jens Huckeriede. Er zeigt u.a., wie auch heute junge Menschen ihre Rituale entwickeln.
„7xjung - Dein Trainingsplatz für Zusammenarbeit und Respekt“ inszeniert in sieben Räumen sieben Themen aus der Lebenswelt von Jugendlichen, wie sie sie heute erleben, aber auch zur Zeit des Nationalsozialismus erlebt haben. Fotos, Filme, Klangkollagen, Texte, Installationen und die technische Ausstattung schaffen eine spannende und aktive Auseinandersetzung mit den biografischen Episoden aus Geschichte und Gegenwart.
In der abschließenden Diskussion wurden Überlegungen laut, ob es nicht sinnvoll wäre, einen Tag als Ritual zu etablieren, der unter einheitlichem Motto, aber zugeschnitten auf den jeweiligen Ort und aktuelle Ereignisse jährlich an den Gedenkstätten und Mahnmalen begangen werden kann. Die Meinungen dazu waren aber sehr unterschiedlich von Ablehnung bis zu Hoffnungen, dadurch öffentlich besser wahrgenommen zu werden.
Das Resümee der 9. Landesgedenkstättentagung könnte lauten: Aus der Sicht der Teilnehmenden gibt es kein eindeutiges Ergebnis, denn:
Ja, wir brauchen Rituale zur Verstetigung, zur Selbstvergewisserung, Rituale, die flexibel auf gegenwärtige Situationen reagieren können.
Nein, wir brauchen keine Rituale zum Festhalten an überkommenen Strukturen, zum Abhaken von Gedenktagen.
RB

Hetze gegen Flüchtlinge eine scharfe Abfuhr erteilt

Letzte Meldung:

In der Siedlung Elbhochufer in Wedel haben Mitte Oktober bisher unbekannte Rassisten anonyme Flugblätter gegen die Einquartierung von „Lampedusa- Neger und anderen Asyl- Asyl- Flüchtlinge in unsere Wohnungen und Häuser“ verteilt. Darüber berichtete die örtliche Lokalzeitung . Sie löste damit scharfe Proteste aus, die sich in zahlreichen Stellungnahmen und Leserbriefen gegen den Versuch der Vergiftung des innerörtlichen Klimas durch Rassisten und Neofaschisten äußerte. Auch Wedels Bürgermeister Niels Schmidt (parteilos) verurteilte das hetzerische Pamphlet und forderte die Einwohnerschaft dazu auf, mit den Asyl suchenden solidarisch zu sein und ihnen zu helfen, sich in ihrer neuen Umgebung einzuleben.
Die Fraktion Bündnis Linke Wedel brachte zur folgenden Ratssitzung eine Resolution gegen die fremdenfeindlichen Angriffe ein. Das Ergebnis der Abstimmung im Rat lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor. Im Resolutionsentwurf werden alle Wedeler und Wedelerinnen aufgefordert, sich für die ehrenamtliche Unterstützung der Neubürger zu melden.

Fortsetzung von Seite 1:

Überfall auf Landesbüro der Sinti und Roma

Mit Erstaunen hören wir, dass die Polizei „derzeit nicht davon ausgeht, dass der Anschlag politisch oder fremdenfeindlich motiviert war“. Es werde „in alle Richtungen ermittelt“.
Wie schön, dann ist es also in Kiel üblich, dass junge Leute – mit Stöcken bewaffnet – Büros überfallen, und das Büro der Sinti und Roma war nur zufällig betroffen, gewissermaßen zur falschen Zeit am falschen Ort?
„Es zeigt sich nach wie vor: Wachsamkeit und entschlossenes Handeln gegenüber den frechen Provokationen der Rassisten und Neofaschisten ist nötig“, betonte Hartmut Büchsel, Landesvorsitzender der VVN- Bund der Antifaschisten in Schleswig- Holstein.
Wi/ hb.

Interkulturelle Woche in Neumünster

Am Sonnabend, den 20.9.2014 wurde die Interkulturelle Woche auf der Klosterinsel unter dem Motto „Gemeinsamkeiten finden, Unterschiede feiern“ eröffnet. Es beteiligten sich 26 Vereine und Verbände. Es gab einige folkloristische Darbietungen und ein Gorodki-Turnier. Siehe Bilder. Wir beteiligten uns mit Zelt, Infostand und unserer Neofa-Ausstellung. Die Beteiligung war gut, hätte aber noch besser sein können, da parallel ein großes Kinderfest des Jugendverbandes und die Musikveranstaltung „Mühlenmove“ stattfanden. Bis Freitag, den 26. 9. bot die interkulturelle Woche noch ein vielfältiges Programm mit Filmvorführungen und Ausstellungen.
Zum Abschluss wurde im Bildungszentrum Vicelinschule ein Fest der Kulturen gefeiert.



Tage der Demokratie
Im Kiek In in Neumünster

Die Tage der Demokratie im Kiek In in Neumünster wurden u.A. von amtierenden Innenminister Breitner und Oberbürgermeister Tauras am Donnerstag, den 18.9.2014 mit da 200 Teilnehmern eröffnet. Der Verein für Toleranz und Zivilcourage hat die Tage der Demokratie veranstaltet, wobei besonders Dieter und Christiane H. für Ihre hervorragende Organisation gedankt werden sollten.

Bis Freitag, den 19.9. gab es etliche hochinteressante Seminare und Vorträge. Besonders sollte man die Filme aus dem Giftschrank der NS-Zeit hervorheben, die mit sehr fachkundigen Referenten vorgestellt wurden. Im großen Saal fand der Markt der Möglichkeiten mit Ausstellungen und Infotischen statt.
Hier beteiligten sich die KZ-Gedenkstätte Neuengamme, Freies Radio Neumünster, Zentrale Beratungsstelle für Migranten in SH (ZBBS Kiel), Café Vis á Vis mit dem Flüchtlingsrat SH, Runder Tisch u. Elly-Heuss-Knapp-Schule Neumünster mit Filmclips gegen Rechts, Schleswig-Holsteins Fußballverband, BeRaNet, Schule ohne Rassismus, Verein Mahnmal Kilian und die Ausstellung Demokratie Stärken-Rechtsextremismus bekämpfen der Friedrich Ebert Stiftung.
Für das Bündnis gegen Rechts haben wir uns mit einem Infostand und unserer neuen Ausstellung Neofaschismus in Deutschland beteiligt. Besonders das Wimmelbild der Ausstellung zog Besucher an. Die neue Ausstellung ist deutlich ansprechender als die ältere Version.
Den krönenden Abschluss bildete das Konzert mit dem Menschenrechtsaktivisten Heinz Ratz und seiner Band Strom und Wasser. Heinz Ratz tourte mit seiner Band, in die er Musiker aus Flüchtlingsheimen integrierte, durch Europa und machte damit auf die Not der Flüchtlinge aufmerksam.
Mit weiteren Aktionen, wie einer Floß Tour, warb er für eine menschliche Behandlung von Flüchtlingen.





Deutsche Hitlergegner als Opfer des Stalinterrors

Dass Antifaschistinnen und Antifaschisten, die vor Terror und Verfolgung geflohen waren und in der Sowjetunion solidarische Aufnahme gefunden hatten, dass deutsche Internationalisten als Spezialisten aufopferungsvoll am sozialistischen Aufbau seit den 20er Jahren mitwirkten und dass beide Gruppen von Migrantinnen und Migranten ihrem Gastland fest verbunden waren ist selbstverständlicher Teil unseres Geschichtsbildes. Die Sowjetunion war nicht nur die Hoffnung klassenbewusster Arbeiterinnen und Arbeiter in Mittel- und Westeuropa, sie war von ihrem Wesen her antifaschistische Staatsmacht und somit der wichtigste organisierte Gegner des deutschen Hitlerfaschismus. Deshalb ist es immer noch unfassbar, dass dieselben Menschen, die seit mehr als zehn Jahren einen wichtigen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung geleistet oder auf Flucht vor dem Faschismus Zuflucht gefunden hatten, in der Sowjetunion unter fadenscheinigen und vorgeschobenen Vorwänden verhaftet, in Lager gesperrt oder ermordet wurden.

Eine Ausstellung, die vom 2. Bis zum 25. September im Kieler Landeshaus unter dem Titel „Ich kam als Gast in euer Land gereist...“ gezeigt wurde, widmet sich diesem Thema und stellt das Schicksal von Familien in der Zeit zwischen 1933 und 1936 in den Mittelpunkt. Die dokumentierten Familienschicksale werden in die historischen Zusammenhänge eingeordnet. Die ausgestellten Fotos und Dokumenten waren bislang unveröffentlicht und stammen aus dem Familienbesitz der Betroffenen bzw. sind Fundstücke aus deutschen und russischen Archiven. Die Ausstellung wurde von Historikern in Zusammenarbeit mit Hinterbliebenen der Opfer gestaltet.

Die Ausstellung wurde in Kiel von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Schleswig-Holstein gemeinsam mit der Landeszentrale für politische Bildung präsentiert. Die Historikerin Dr. Carola Tischler und Dr. Hans Coppi, dessen Eltern als Mitglieder der Widerstandsgruppe „Rote Kapelle“ von den Nazis ermordet worden sind, führten im Rahmen eines Empfangs am 10. September in die Ausstellung ein.

Carola Tischler ist Autorin der Tafel zur Familie Duncker. Wolfgang Duncker, Sohn der bekannten KPD-Mitglieder Hermann und Käthe Duncker, kommt 1935 mit seiner Frau Erika nach Moskau und kann dort bei Mosfilm als Schnittassistent arbeiten. 1937 wird der gemeinsame Sohn geboren. Im März 1938 wird der deutsche Kommunist und sowjetische Staatsbürger Wolfgang Duncker verhaft. Wegen angeblicher Spionagetätigkeit zu acht Jahren Lagerhaft verurteilt stirbt er 1942 an Entkräftung. Die folgenden Verszeilen entstammen einem Gedicht Wolfgang Dunckers und gaben der Ausstellung ihren Titel:

Ich kam als Gast
in euer Land gereist.
Dann machte mich
ein Richtspruch zum Spionen
Und Frau und Kind
verwitwet und werwaist.
Viele Jahre schon
das man mich Häftling heißt.
Und grausam zwingt
wie ein Vieh zu frohnen
… Ich kam als Gast
in euer Land gereist.

Carola Tischler ging in ihrer Einführung insbesondere auf das Schicksal der Frauen der Inhaftierten ein. „die Frauen standen vor den Gefängnissen …, um ihnen Lebensmittel, Sachen oder Geld – ein Lebenszeichen – zu übergeben. Und manchmal fuhren sie auch in Lager.“ So trat auch Erika Duncker die qual- und mühevolle Reise an. Sie traf ihren Mann und unternahm anschließend alles um ihm das Leben zu retten.

Hans Coppi schilderte in seinem einführenden Beitrag die Entstehungsgeschichte der Ausstellung (siehe auch das Interview in diesem Heft). Für die Ausstellung hat Hans Coppi das Schicksal der Familie Schneidratus bearbeit. Der Architekt und Kommunist Oswald Schneidratus floh bereits 1924 vor der Polizei in die Sowjetunion. Er wurde im Gastland zum gefragten Bauingenieur und Architekten. 1937 wurde er nach der Verhaftung zum Tode verurteilt und erschossen. Sein Sohn Werner, ebenfalls Architekt, wurde zu zehn Jahren Zwangsarbeit verurteilt und arbeitete in Goldminen und als Holzfäller. Erst 1954 war sein Leidensweg beendet und er konnte schließlich 1956 mit seiner Familie in die DDR übersiedeln.

Familie Duncker und Familie Schneidratus, das sind zwei von fünfzehn in der Ausstellung dokumentierte Familienschicksale. Diese Ausstellung steht exemplarisch für das Leid und das zerstörte Leben von sehr vielen Familien. Sie hat damit „diesen Menschen ihre Namen und ihre Würde wiedergeben, ihnen einen Raum in der deutschen und europäischen Erinnerungs- und Gedenkkultur“ (Hans Coppi im Interview) gegeben. Die weitere Beschäftigung mit diesem Thema ist schmerzhaft aber notwendig. An die durch den Stalinterror verfolgten und ermordeten Antifaschistinnen und Antifaschisten zu erinnern, ist unverzichtbarer Teil der Erinnerungs- und Gedenkarbeit unserer Vereinigung. Jürgen Brüggemann

Fotos		
	Christel Pieper	1
	NDR	2
	H.Wadle	6
	VVN-BdA	2
	VVN-BdA-Berlin	1
	VVN-BdA-SH	1
	img.odkrywca.pl	1

Interview mit Hans Coppi

Zur Entstehung der Ausstellung „Ich kam als Gast in euer Land gereist..."

Am 10 September dieses Jahres hast du im Kieler Landeshaus die Ausstellung mit dem Titel „Ich kam als Gast in euer Land gereist..."Deutsche Hitlergegner als Opfer des Stalinterrors. Familienschicksale 1933-1956" vorgestellt. Kannst du uns etwas über die Entstehungsgeschichte dieser Ausstellung sagen?

2008 traf ich einen Freund auf der jährlichen Veranstaltung zum Tag der Erinnerung und Mahnung. Unter diesem Motto führen wir seit 1990 den 1945 von Überlebenden des Naziterrors begründeten Tag der Opfer des Faschismus weiter. Oswald fragte mich, warum eigentlich nicht an deutsche Antifaschisten erinnert werde, die im sowjetischen Exil verfolgt, ermordet und in Lagern weggesperrt wurden. Sein Großvater gehörte zu den Erschossenen und sein Vater überlebte zehn Jahre Strafarbeit auf der Kolyma, im äußersten Nordosten der Sowjetunion. Nach einer Verständigung im erweiterten Vorstand der Berliner VVN luden wir zu einem Gesprächskreis ein, aus dem dann ein Arbeitskreis unter dem Dach der Berliner VVN-BdA wurde. Überlebende aus Arbeits- und Straflagern oder Kinderheimen, Angehörige von Verfolgten und Ermordeten sowie Historiker und Interessierte diskutierten bald rege über Ursachen und Folgen des Stalinismus. Dann meldete sich Ulla Schwartz, die älteste in unserer Runde, zu Wort: „Ich dachte wir erzählen uns endlich einmal unsere Geschichten." Damit waren wir bei dem eigentlichen Thema: die Biographien der von Stalins Terror Betroffenen. Daraus entstanden erste öffentliche Veranstaltungen. Es folgten Tagungen, die das in der DDR verordnete Schweigen und die Zeit nach dem Schweigen, nach 1990 thematisierten. Dann gründete sich eine Arbeitsgruppe, in der die zweisprachige Ausstellung „Ich kam als Gast in Euer Land" entwickelt wurde. Dank der Förderung durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung konnte sie Mitte Mai 2013 in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand eröffnet werden. Inzwischen ist diese überwiegend gut besuchte und auch beachtete Exposition in fast allen Bundesländern, in Paris, Brüssel aber auch in Moskau und danach in Kasachstan, Novosibirsk und Petersburg gezeigt worden. Begleitende Diskussionsrunden und das umfangreiche Gästebuch zeugen von dem anhaltenden Interesse an diesem bisher weitgehend unbekannten Thema.



Dr.Hans Coppi - Vorsitzender der VVN-BdA Berlin

Viele Besucher zeigten sich erschüttert von den Familienbiographien, überwiegend waren sie zum ersten Mal mit dem Schicksal dieser Menschen konfrontiert.

Was hat dich motiviert, dich gerade mit diesem Thema auseinanderzusetzen?

Ich hatte Anfang der 1960er Jahren Fanny Neumann, Tochter emigrierter Kommunisten kennengelernt. Zuerst hieß es, sie habe in Sibirien viele Jahre am Aufbau des Kommunismus in der Sowjetunion teilgenommen. Später erzählte sie begeistert von ihrer Schulzeit in Moskau, als Ernst Busch in der Karl-Liebknecht-Schule auftrat. Diese war aber schon 1937 geschlossen worden. 1940, mit 17 Jahren wurde Fanny verhaftet. Nach 15 Jahren Gulag kam sie 1955 frei. Erst 1957 kehrte sie nach Berlin zurück. Später erzählte sie im Beisein von Freunden von ihrem Überleben. Als wir sie drängten, ihre Erinnerungen aufzuschreiben, schaute sie uns skeptisch an, wen würde das wohl interessieren? Schließlich meinte sie, das, was sie immer noch in ihren Träumen anfällt, kann sie nicht aufschreiben. Dafür gebe es keine Sprache. Im Februar 1990 verstarb sie.

Auf dem Gründungskongress des Bundes der Antifaschisten in der DDR im Mai 1990 sprach sich die überwältigende Mehrheit der Delegierten für den Bruch mit dem Stalinismus als wichtigen Teil unseres antifaschistischen Selbstverständnisses aus. Damals waren noch viele inzwischen verstorbene Betroffene Mitglied unseres Verbandes. Nur wenige haben darüber gesprochen. Es blieb eine offene Wunde.

Ich empfand es als eine Leerstelle in unserer Arbeit, dass wir uns mit diesem Thema so wenig auseinandergesetzt hatten. Viele deutsche Emigranten waren bereits vor und nach 1933 aktive Nazigegner. Die Sowjetunion nahm die Verfolgten des Naziregimes zunächst gastfreundlich auf. Mitte der 1930er Jahre veränderte sich ihr Leben dramatisch. Viele wurden nunmehr als „Agenten" und „Volksverräter" verdächtigt, verfolgt und getötet. Der Arbeitskreis möchte diesen Menschen ihre Namen und ihre Würde wiedergeben, ihnen einen Raum in der deutschen und europäischen Erinnerungs- und Gedenkkultur geben.

Ist Euch das gelungen?

Wir konnten erste Formen des Gedenkens und Erinnerns entwickeln. Ende Juli 2009 verlasen Mitstreiter unseres Arbeitskreises aus Anlass des 75. Jahrestages der von Stalin angeordneten „deutschen Operation" vor der Volksbühne 753 Namen von ermordeten deutschen Antifaschisten. Sie wurden von Ende Juli 1937 bis Anfang November 1938 inhaftiert und von Sonderkommissionen des NKWD zum Tode verurteilt und erschossen.

Forts. Seite 10

AfD hetzt gegen Antifaschistisches Ferienheim „Heideruh“

Während in der Öffentlichkeit noch lebhaft darüber diskutiert wird, wie die AfD im Allgemeinen und ihre Stimmenergebnisse bei der Europawahl und den letzten Landtagswahlen im Besonderen zu beurteilen sind, sorgt die neue Rechtspartei selbst für Klarheit. Das bezieht sich zum Beispiel auf das Schüren von Fremdenfeindlichkeit in der Gesellschaft, aber auch durch Hetzkampagnen an der Basis., dort, wo es ihnen gelang, parteipolitische Strukturen auszubauen.

Ein Beispiel dafür ist eine AfD- Hetzkampagne des Kreisverbandes Hamburg- Harburg gegen das international bekannte antifaschistische Wohn- und Ferienheim Heideruh e.V. Die AfD verbreitete eine Broschüre unter dem Titel „Stadt Buchholz paktiert mit Luxemburg- Liebknecht- Demo-Unterstützern.“ Auf breiter Front startet der Kreisverband der AfD denunzierende Angriffe auf die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes- Bund der Antifaschisten, den Deutschen Freidenker- Verband, die DKP, die Linksjugend , gegen die Stadtjugendpflege Buchholz und einen Berliner Universitätsprofessor, der in Buchholz wohnt und als „dunkelroter Professor“ bezeichnet wird. Das Wohn- und Ferienheim „Heideruh“ und auch Professor Rump haben inzwischen Strafanzeige gegen die Verfasser der AfD- Dokumentation erstattet.

Das „Wohn- und Ferienheim Heideruh e.V.“ sieht im Besonderen ihre gemeinnützige Arbeit verunglimpft und diskriminiert. Prof. Dr. Rump erstattete Anzeige wegen Verleumdung und Bedrohung.

In der AfD- Hetzschrift werden nicht weniger als 40 Personen namentlich genannt, offensichtlich in der Absicht, sie pauschal einzuschüchtern. Gefordert wird, dass der Stadtjugendpfleger angewiesen wird, keine (links-) extremistischen Gruppen wie etwa „Linksjugend“ und „Heideruh“ im „Bündnis für Flüchtlinge“ zu dulden. Offensichtlich ist der AfD ein Dorn im Auge, dass „Heideruh“ im offiziellen Auftrag Flüchtlingen aus verschiedenen Ländern Aufenthalt und Schutz bietet.

„Heideruh“ ist nach Bekanntwerden der üblen Hetzschrift viel Solidarität aus dem In- und Ausland bekundet worden. Leider hat die neue Rechtspartei mit ihrem Pamphlet erreicht, dass sich auch fremdenfeindliche und rassistische Stimmen öffentlich zu Wort meldeten. Eine Lokalzeitung versah ihren Bericht über die AfD- Angriffe mit der Überschrift „Rechtspopulistische Stammtisch- Truppe trappelt mit den Hufen“ Dabei sprach sie die Vermutung aus, die Mitglieder dieser Partei bereiteten sich schon auf die Kommunalwahlen im Jahre 2016 vor, wo sie sich den Einzug in den Kreistag und in die Ratsversammlung der Stadt Buchholz versprechen.
Wi.

Fortsetzung von Seite 9:

...Interview mit Hans Coppi

Angehörige der Opfer des Stalinterrors wandten sich Mitte Dezember 2010 an den Parteivorstand der LINKEN mit dem Vorschlag am Karl-Liebknecht-Haus ein erstes öffentliches Gedenkzeichen anzubringen. Der Tafeltext lautet: „Ehrendes Gedenken an Tausende deutsche Kommunisten und Antifaschisten, die in der Sowjetunion zwischen den 1930er und 1950er Jahren willkürlich verfolgt, entrechtet, in Straflager deportiert, auf Jahrzehnte verbannt und ermordet wurden.“ Nach einem längeren Diskussionsprozess enthüllten Mitte Dezember 2013 Katja Kipping und Ulla Schwartz diese Tafel.

Wir haben eine weit über die LINKE als Partei hinausgehende öffentliche Diskussion zum Stalinismus angestoßen, begleitet von viel Zustimmung und manchmal auch von Unverständnis und Ablehnung. Wir haben im Bundesausschuss, auf der Berliner Delegiertenkonferenz und auch auf der Länderseite der Antifa 3/4/2012 und 1/2013 darüber informiert und diskutiert. Die Debatte sehe ich als einen Beginn eines weiterführenden Meinungsaustausches über den Stalinismus an, auch seinen Spuren in der VVN der 1950er Jahre. Mein Eindruck ist, dass die Ausstellung dazu beigetragen hat, Dissonanzen zu versachlichen. Unsere Erfahrungen sind, dass Besucher lange vor den Tafeln stehen bleiben und sich auf dieses – auch schmerzhafte – Thema einlassen. Es nützt nicht dem „Gegner“ sondern uns selbst, wenn wir uns der Geschichte in ihren Widersprüchen nähern und das Ausmaß der Verbrechen an den „eigenen Leuten“ erkennen.

Bleibt ihr auch in Zukunft an diesem Thema dran? Was sind eure nächsten Pläne?

Zunächst zeigen wir bis in den Dezember hinein die Ausstellung noch in verschiedenen Städten Süddeutschlands. Über weitere Aktivitäten im nächsten Jahr diskutieren wir gerade. Auf jeden Fall bleiben wir an dem Thema dran. Ihr werdet von uns hören. Wer die Ausstellung bisher nicht gesehen hat, kann den Katalog erwerben. Darin wird die Ausstellung noch einmal abgebildet und zugleich für jedes Familienschicksal ein vertiefender Aufsatz angeboten: Wladislaw Hedeler und Inge Münz-Koenen „Ich kam als Gast in euer Land gereist ...“ Deutsche Hitlergegner als Opfer des Stalinterrors. Familienschicksale 1933 – 1956, erschienen 2013 im Lukas-Verlag Berlin.

Hans, wir danken dir für das Gespräch. Die Redaktion des antifa-rundbriefes wünscht diesem wichtigen Ausstellungsprojekt auch zukünftig viele BesucherInnen. Wir planen, uns in unserer Arbeit in näherer Zukunft diesem Themenkomplex zuzuwenden.

Die Fragen stellte Hartmut Büchsel

Wimmelbild in der Neofaschismus-Ausstellung

Großes Interesse an unserer Ausstellung „Neofaschismus in Deutschland“

Nun ist sie endlich da, die 6. Version unserer VVN-BdA Ausstellung! Oder genauer gesagt: Da ist sie eigentlich nie,denn sie ist in diesem Jahr in Schleswig-Holstein ständig ausgeliehen! Im September und Oktober wurde sie an mehreren Orten in Lübeck gezeigt, so im Jugendzentrum „Walli“, auf einer Bezirkskonferenz von ver.di Nord sowie im Lübecker Gewerkschaftshaus. Auch in Neumünster war sie auf den „Tagen der Demokratie“ und anschließend bei der Interkulturellen Woche zu sehen.

Vom 4. - 7. November wird sie im Eckernförder Kommunikationszentrum „Das Haus“ präsentiert, anschließend vom 10. bis 14. November in der Eckernförder Fritz-Reuter-Schule. An beiden Orten wird auch unsere Ehrenvorsitzende Marianne Wilke zum Thema „Kindheit und Jugend in der Nazizeit“ mit den Anwesenden ins Gespräch kommen. Schließlich wandert unsere Ausstellung weiter nach Kappeln. Dort wird sie vom 17. - 21. November im Kappelner Rathaus, anschließend ab 24. November in den Räumen der Klaus-Harms-Schule in Kappeln zu sehen sein. Über dieses große Interesse freuen wir uns sehr, nicht zuletzt auch deshalb, weil aktuelle Entwicklungen immer wieder verdeutlichen, wie wichtig konkrete Informationen über die neofaschistische Gefahr auch in unserem Bundesland sind. In unserem nächsten Antifa-Rundbrief im Januar werden wir auch über Reaktionen unserer Ausstellungsbesucher auf die neu gestaltete Neofaschismus-Ausstellung berichten.

Übrigens: Im Jahr 2015 gibt es - mit Ausnahme des Monats Mai – noch viele freie Termine. Hartmut Büchsel



Termine

9. November Elmshorn
Synagogen-Gedenkplatz
Flamweg
Uhrzeit bitte erfragen

9. November 10 Uhr Wedel
Gedenken am KZ-Stein
Rissener Straße
unterhalb Lidl-Parkplatz

16. November 18 Uhr Pinneberg
Heilig-Geist-Kirche Ulmenallee 9
Friedenskonzert „Maikäfer flieg"
DIE GRENZGÄNGER
Lieder aus dem 1. Weltkrieg

18. November 19 Uhr Lübeck
DGB-Haus Holstentorplatz R 3/4
„Ein Spiel mit dem Feuer – Die Ukraine, Russland und der Westen"
Vortrag und Diskussion
mit Kai Ehlers
Publizist und Buchautor

28.Januar 19.30 Uhr Wedel
Stadtbücherei Rosengarten 6-8
„Verdrängte Geschichte – die 999er"
Referate und Kulturprogramm
mit Anna Haentjens (Gesang), Sven Selle (Klavier)

Antifaschistische Nordkonferenz vom 20.März bis 22. März 2015 in Heideruh

Wieder einmal seid Ihr herzlich eingeladen in das Ferienheim der VVN-BdA „Heideruh" zu der Konferenz der VVN-BdA.
Damit so viel wie möglich mitfahren können, werden Sponsoren dringend gesucht (jeder Euro zählt) Spenden auf VVN-BdA Kto. 4332970, BLZ:216 617 19 VR Bank Flensburg Stichwort: „Nordkonferenz 2015".
Es wird bei der Nordkonferenz 2015 um die Alternative für Deutschland AfD natürlich im Zusammenhang mit dem Rechtspopulismus und Neofaschismus in Deutschland – ihr rechtspopulistisches, rassistischer und teilweise auch neofaschistischer Chrakter.

Mit Andreas Speit „Die AfD – Alternative für Deutschland"

Mit Sabine Lösing (Die Linke") (Abgeordnete im Europaparlament aus Göttingen)„Auftreten, Stimmverhalten, Agieren, Bündnisse der AfD"

Kulturabend mit Pablo – Chilenische politische Lieder

Kontakt:

- Schleswig-Holstein: Hartmut Büchsel, Gasstr. 12, 24340 Eckernförde [vvn-bda-sh@t-online.de]
- Kiel: Christel Pieper, Lindenstr. 9, 24118 Kiel, [vvn-bda-kiel@gmx.de]
- Flensburg: Ludwig Hecker, Schulze-Delitzsch-Str. 44, 24943 Flensburg [vvn-bda-flensburg@versanet.de]
- Neumünster: Heiner Wadle, Looper Weg 25, 24536 Neumünster
- Norderstedt: Karin Nieswandt, Rathausallee 83 E, 22846 Norderstedt [Nieswandt-Karin@wtnet.de]
- Kreis Pinneberg: Dr. Jürgen Brügge-mann, Kaltenweide 77, 25335 Elmshorn [juergen-christine@bruegge48.de]
- Wedel: Marlen Goischke, Trischenstr. 5d, 22880 Wedel, m.goischke@web.de
- Barmstedt: Dr. Günther Thiel, Meßhorn 38, 25355 Barmstedt
- Rendsburg/Eckernförde: Matthias Behring, Hufeisenweg 24, 24354 Rieseby [wgr-rieseby@t-online.de]
- Elmshorn: Sonja Stein, Saarlandhof 29, 25335 Elmshorn
- Itzehoe: Volker Blaschke, Stormstr. 13, 25524 Itzehoe [v.blaschke@web.de]
- Lauenburg/Lübeck: Lore Meimberg, Dorfstr. 16, 23898 Sirksfelde [lobemeimberg@t-online.de]

www.schleswig-holstein.vvn-bda.de
Neofakommission Küste: www.kueste.vvn-bda.de

V.i.S.d.P.: Marianne Wilke; Druck: Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenv erbeitung mbH in Köln, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221-21 16 58, gnn-koeln@netcologne.de

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten e.V. ist die älteste und größte antifaschistische Organisation in Deutschland und steht für ein Leben ohne Krieg und Faschismus.

☐ Ich interessiere mich für die Arbeit der VVN-BdA. Bitte schicken Sie mir Informationsmaterial.
☐ Ich unterstütze die Arbeit der VVN-BdA mit einer einmaligen/regelmäßigen Spende von .... Euro*.
☐ Bitte schicken Sie mir eine Spendenbescheinigung
☐ Ich möchte Mitglied der VVN-BdA werden.

Name: ....

Adresse: ....

....

....

VVN-BdA

Bitte einsenden an: ....

VVN-Bund der Antifaschisten e.V. – LV Schleswig-Holstein

Lindenstr. 9, 24118 Kiel, Tel.: H. Büchsel, 04351-666 08 05, Fax: M. Wilke, 04103-180 200,
E-Mail: vvn-bda-sh@t-online.de

* Gemeinnütziges Spendenkonto: VVN-Bund der Antifaschisten e.V., VR Bank Flensburg-Schleswig e.G.
IBAN: DE11 2166 1719 0004 3329 70, BIC: GENODEF1RSL